

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 15

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stellen dass sich, allgemein gesprochen, die traditionelle chinesische Familienordnung, in der Mann und Frau gleichwertig sind, prinzipiell von der westlichen Familienordnung, die im römischen Recht begründet ist, unterschied. In der alten Gesellschaftsordnung hatte die Frau ihren festgefühten Platz in der Familie und erhielt durch diese entsprechenden sozialen und wirtschaftlichen Schutz. Sie erfüllte den ihrer Natur entsprechenden Aufgabenkreis. Ihre Stellung war geachtet doch nach aussen hin trat sie allerdings kaum in Erscheinung.

Diese alte Familien- und Gesellschaftsordnung wurde durch Einflüsse westlichen Ideengutes während der letzten Jahrzehnte von den Reformsüchtigen immer mehr als lästiges Hindernis betrachtet. Diese Bestrebungen griffen die gelben Kommunisten auf, pressten sie in ihre eigene Ideologie ein und zerstörten schliesslich durch den Frontalangriff auf die traditionelle Familienordnung die Keimzelle des menschlichen Gemeinschaftslebens, um so das soziologische Gefüge, durch Brechung des Macht- und Wirtschaftsfaktors der Familie, zu atomisieren. Die Folgen davon sind unabsehbar.

Selbstmordwelle

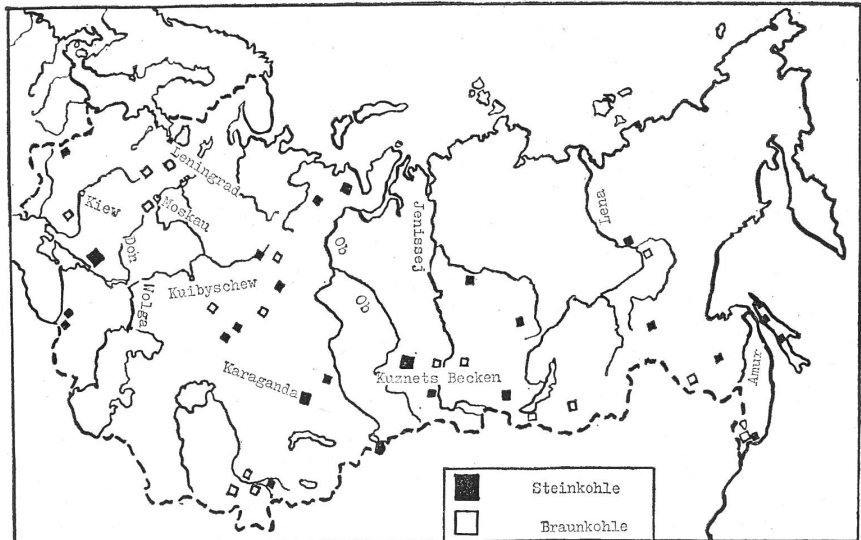
Unter diesem fast plötzlichen, soziologischen strukturellen Umwandlungsprozess hatte vor allem die Frau zu leiden. Ihre bisherige Stellung im festgefühten Kreise der Familie geriet ins Wanken, sie wurde in ein Vakuum gedrängt, welches ihr weder Schutz noch gesellschaftlichen Halt bieten konnte und sie wurde dadurch in ihrem Wohl und Wehe von dem ihr persönlich fernen und doch ständig gegenwärtigen Moloch Staat und seiner macht-ausübenden Partei abhängig. Das heisst also, diese sogenannte Reform wirkte sich nicht zum Vorteil der Frau aus, sondern wandte sich gegen ihre fundamentalsten Lebensinteressen und Funktionen. Aus diesem Grunde konnte das von den Kommunisten erlassene Ehegesetz im Volksmund als «Selbstmordgesetz» bezeichnet werden, da die Durchführung desselben jeder Menschenwürden Hohn sprach. Von offizieller Seite musste zugegeben werden, dass innerhalb von 2 Jahren nach Erlass desselben «in ganz China in einem einzigen Jahr 70 000 bis 80 000 Menschen wegen Familien- und Ehefragen den Tod fanden». Kritik und Selbstkritik in öffentlichen Versammlungen und Volksgerichtsverhandlungen trugen das ihrige dazu bei und hatten das Ziel, die Frau ihres Persönlichkeitskernes zu berauben. Die Frau wurde demnach nicht allein nur in den Produktionsprozess eingegliedert, sondern die Kommunisten entkleideten sie gleichzeitig auch ihrer Würde, und ihr Frauentum wurde durch innere und äussere Demütigung politisch-materialistischen Zwecken dienstbar zu machen versucht.

Entwicklung noch im Fluss

Dennoch, mit welchen Mitteln der Kommunismus auch bestrebt sein mag, den Menschen nach unten zu nivellieren, kann man aus der menschlichen Person doch kein seelenloses Werkzeug machen. Sicher, man kann ihn durch Kritik und Selbstkritik demütigen, man kann en masse Gehirnwäschen durchführen, man kann ihn sogar physisch liquidieren; was man aber nicht kann ist, aus der menschlichen Person einen seelenlosen Roboter zu machen.

Deshalb mag vielleicht ein schwacher Trost sein, dass die soziologische Entwicklung sich in China noch immer im Fluss befindet und der Umstrukturierungsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Bisher, auch wenn wir keine Vergleiche aus der Geschichte heranziehen, hat sich immer

erwiesen, dass sich trotz schwerster Leiden die gesunde Menschennatur eines Volkes immer letztlich durchgesetzt hat. Daher wird auch das chinesische Frauentum sich auf die Dauer als stärker erweisen als das einseitige Schema, in welches die Partei den Einzelnen pressen möchte.

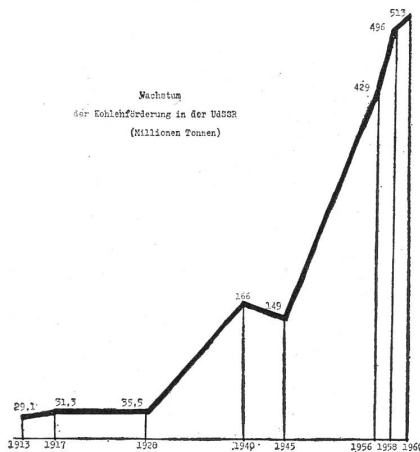


Wirtschaftsstatistik

UdSSR

Kohlenförderung

Die gerne als Testfall für den Stand von Schwerindustrie (und insbesondere Rüstungsindustrie) betrachtete Stahlproduktion hängt eng mit der Kohlenförderung zusammen, die auch in unserem Zeitalter von Elektrizität und Atomkraft eine der wichtigsten Grundlagen des industriellen Aufbaues darstellt. Für dieses Abhängigkeitsverhältnis stellt die Sowjetunion geradezu ein Schulbeispiel dar. Die seit dem



Kriege in starkem Ausmass forcierte Stahlerzeugung (siehe KB Nr. 42, 1960) findet ihre entsprechende Ergänzung in der steilen Kurve der Kohlenproduktion.

Die geographische Verteilung der wichtigsten Kohlenlager ist auch für Aufbau und Ausbau der grossen Industriezentren aufschlussreich. Logisch ist natürlich die Entwicklung des auch erzeichten Don-Beckens (siehe Don auf unserer Karte), daneben erhalten gleichzeitig die umfangreichen Industrialisierungsmassnahmen in den kasachstanischen Landwirtschaftsge-

bieten (Karaganda-Lager unserer Darstellung) ihre wirtschaftlich plausible Erklärung. Die ausgedehnten Bergwerke nördlich der Mongolei (mit Kuznets-Becken) beginnen seit Kriegsende ebenfalls eigene Industrien zu beliefern. Zuvor war die Kohle in kostspieligen Transporten nach den westlichen Produktionszentren gebracht worden, womit zugleich die schon aus strategischen Gründen ausgebauten Eisenbahnverbindungen zwischen Südsibirien und den europäischen Unionsteilen auch wirtschaftlich voll ausgenutzt wurde. Um ein Bild vom Energiepotential der gesamten Kohlenförderung zu gewinnen, sind die Qualitätsunterschiede zu berücksichtigen. Auf die leistungsintensivere Steinkohle umgerechnet würde die Förderung um etwa 15 Prozent niedriger ausfallen als die hier angeführten absoluten Zahlen. Aber selbst so beträgt der sowjetische Anteil an der Weltproduktion mehr als ein Fünftel.

Öffentliche Ordnung

«Haariges» Verbrechen

Kürzlich wurden in Moskau zwei junge Mädchen festgenommen, «weil sie für ihr Alter zu modisch gekleidet waren».

Der vorerst nur lächerlich wirkende Vorfall der von der «Iswestija» recht ausführlich behandelt wurde, ist immerhin bezeichnend für das Rechtschaos, das die Übernahme von Polizei- und Justizfunktionen durch gesellschaftliche Organe mit sich brachte (siehe u. a. KB Nr. 46 bis 49, 1960 sowie Nr. 2, 1961).

Die beiden 17jährigen Schülerinnen waren durch eine Freiwillige Hilfspolizei-Brigade der Jungkommunistenliga verhaftet und auf einen Polizeiposten verbracht worden, wo sie während drei Stunden verhört und mit «physischer Gewaltanwendung bedroht» wurden. Der Vater des einen Mädchens, ein Universitätsprofessor, konnte die beiden Festgenommenen nach länge-

rem Hin- und Her mit den Beamten schliesslich freibekommen. Seine Tochter, so wurde ihm bedeutet, habe zwar nichts Gesetzwidriges begangen, jedoch Kopftuch und Haare in einer Weise getragen, «wie es nur den über 22jährigen zusteht». Die Verhaftung im Interesse der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung sei deshalb zu Recht erfolgt.

Die «Iswestija» ging dem Fall nach und missbilligte das Verhalten der gesellschaftlichen Ordnungskräfte aufs Entschiedenste. «Bevor die Volkspolizei-Brigaden mit solcher Machtbefugnis ausgestattet werden, haben Zweck und Ziel dieser Organe ihren Angehörigen klargemacht zu werden», schreibt das Regierungsorgan. «Eine unverantwortliche Einstellung zu ihrer Arbeit wird ihre Aufgabe für die Gesellschaft in Misskredit bringen.»

Der Vorfall ist keineswegs der erste seiner Art und kann als besonders augenfällige Illustration für das in sowjetischen Juristenkreisen seit einiger Zeit häufig erörterte Problem der polizeidienstlichen Kompetenzen dienen. Die Gründung von Werktagenorganisationen zum Schutze der öffentlichen Ordnung erfolgte vor zwei Jahren. Chruschtschew begründete auf dem 21. Parteitag 1959 die Notwendigkeit der «Volksbrigaden» und «Kameradschaftsgerichte» mit der wünschenswerten Entlastung der Justiz- und Polizeiorgane. Fälle, die Arbeitsdisziplin, allgemeines Benehmen und dergleichen betrafen, sollten auf einfachere administrative Weise ohne eigentliche strafrechtliche Verfolgung erledigt werden.

Seither sind die Befugnisse dieser Gesellschaftsorgane quantitativ und qualitativ immer weiter gestiegen (und die Partei griff durch ihre Organisationen immer stärker direkt in die Kompetenzen der gesetzlichen Behörden ein). Ihren grössten Aufschwung nahm die Bewegung mit der seit einigen Monaten auf Hochtouren laufenden Kampagne gegen Hooligans und Halbstarke, in deren Zeichen auch der oben geschilderte Fall steht. Gemäss dem von mehreren Sowjetrepubliken angenommenen Gesetz über das Vorgehen gegen «antisoziale und parasitische Elemente» können ad-hoc-Volksgerichte sogar Deportationen bis zu fünf Jahren verfügen. Zu den normalen Befugnissen der Kameradschaftsgerichte gehören Bussen, Anordnung von Arbeitserziehungsmassnahmen und Anträge auf Arbeitsentlassung.

Vielleicht wird wenigstens auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes die kommende neue Gesetzgebung (KB Nr. 14) wieder etwas Ordnung in die gegenwärtige Verwirrung bringen. Da aber andererseits die Tendenz immer noch auf Machterweiterung der parteigelenkten Gesellschaftsorganisationen geht, besteht keine Aussicht auf wirkliche Remedur dieser Zustände, die so seltsame Blüten treiben.

Laut der Aprilausgabe von «Westnik Statistiki» leben in der Sowjetunion 592 Personen von 120 und mehr Jahren. Die offiziell beglaubigte Zahl der über 100jährigen beträgt nun 21 078 nach abgeschlossener Ueberprüfung der Angaben. Anlässlich der Volkszählung vom 15. Januar dieses Jahres hatten 28 015 Personen ihr Alter mit mindestens 100 Jahren angegeben.

Die erste sowjetische Elektronen-Armbanduhr wurde in der Uhrenfabrik Pevodvorenz hergestellt.

Diplomatie

So fein geschärft ...?

Dem lebhaften Interesse, auf das in diesen Tagen schweizerische Themen in der Sowjetunion stossen, entsprach das gross aufgemachte Interview der bedeutenden Zeitung «Sowjetskaja Rossija» mit unserem neuen Botschafter in Moskau, Max Tröndle. Auf eine Frage über die Beziehungen zwischen den beiden Ländern antwortete er, sofern die Formulierung des Moskauer Blattes korrekt ist:

«Ich rechne damit, dass wir einer Periode der öfteren direkten Kontakte zwischen den beiden Ländern entgegengehen. Die Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich, aber man könnte noch viel für ihren weiteren Fortschritt unternehmen... Die kulturellen Beziehungen entwickeln sich ebenfalls. Auch der Touristenverkehr zwischen den beiden Ländern lässt sich nicht schlecht an. Das ist eine sehr gute Methode, einander näher kennenzulernen.» Ist da wohl einmal etwas zwischen den Zeilen gestanden und beim Druck wieder herausgefallen?

Die transsibirische Eisenbahn ist von Moskau bis Irkutsk für den westlichen Touristenverkehr freigegeben worden, ebenso der Pazifik-Hafen Nachodka in der Nähe von Wladiwostok. Die Schiffsverbindung von Nachodka nach Japan wird diesen Sommer aufgenommen.

Berichte über Schliessungen von Kirchen wurden erstmals durch eine diesbezügliche Notiz in der Sowjetpresse bestätigt. Die lettische Zeitung «Sowjetskaja Latwija» berichtete, «auf Ersuchen der Gläubigen» seien mehrere lutherische und eine adventistische Kirche den örtlichen Sowjets als Klubräume übergeben worden.

Die sowjetischen Leichtathletik-Funktionäre treffen bereits dieses Jahr eine vorbereitende Auswahl für die Olympischen Spiele 1964 in Tokio.

Landwirtschaft

Ungarn

Ertragsablieferung

In Ungarn machen sich Stimmen bemerkbar, welche nach sowjetischem Beispiel (siehe Untersuchung KB Nr. 13) die obligatorische Ablieferung der gesamten Kolchosproduktion an staatliche oder genossenschaftliche Ankaufsorganisationen verlangen, damit der LPG-Bauer nicht frei über seinen Ertragsüberschuss verfügen könne.

Im Unterschied zur sowjetischen Bestrebung, die auf Abschaffung der Kolchosmärkte hinausgeht, will die Budapest Zeitung «Szabad föld» mit ihrem Antrag anscheinend lediglich die «Spekulation» des Direktverkaufs in den Städten treffen.

Neues Rebellen-Experimentierfeld Burma

Staats- und Regierungsform: Föderative republikanische Union. — Parlament aus 2 Kammern (Abgeordneten- und Nationalitätenkammer). — Keine Wehrpflicht. — Von den autonomen Gebieten sind die Staaten der Karen, Katschin und Schan sowie das Gebiet der Tschin hervorzuziehen.

Staatsoberhaupt: Staatspräsident U Win Maung, seit 1957.

Regierungschef: Ministerpräsident U Nu, «Reiner» Flügel der «Antifaschistischen Volksfreiheitsliga».

Parteien: «Reiner» Flügel der «Antifaschistischen Volksfreiheitsliga» (AFPEL) nach den Wahlen von 1960 als stärkste Partei mit der Mehrheit der Sitze; ausserdem «Sozialistische Partei», «Demokratische Partei», Kommunisten und Linksozialisten.

Fläche: 678 000 Quadratkilometer.

Einwohner: 20 660 000 (1960).

Städte: Rangun (Rangoon, Hauptstadt) 737 000 Einwohner, Mandalay 185 867 Einwohner.

Bevölkerung: Ueber zwei Drittel Birmanen; ausserdem Schan (7 Prozent), Karen (10 Prozent), Katschin (1 Prozent), Tschin (2 Prozent) und verschiedene Restvölker. Inder (besonders in Rangun) und Chinesen (im Nordosten).

Staatssprache: Birmanisch; Thai-Dialekte; Englisch wichtig als internationale Handelssprache.

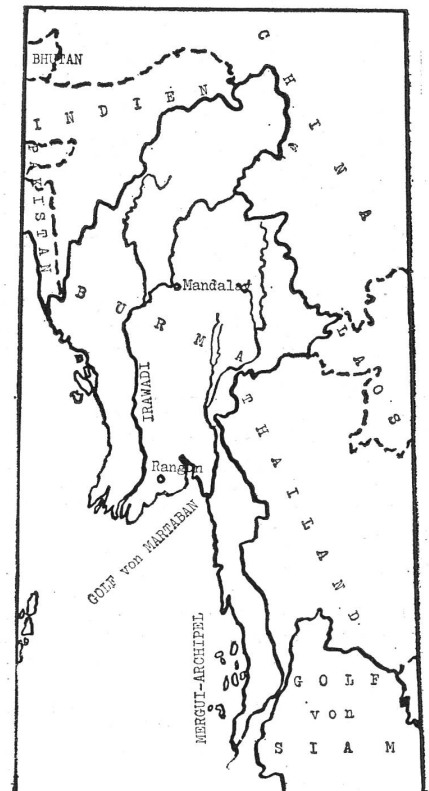
Religion: Zu mehr als vier Fünfteln Anhänger des südlichen Buddhismus, Mohammedanische (3 Prozent), hinduistische (3 Prozent) und christliche (150 000 Katholiken) Minderheiten.

Wichtige Ausfuhrüter: Reis (mehr als 50 Prozent des Gesamtausfuhrwertes),

Kautschuk, Baumwolle, Teakholz, Bergbauprodukte.

Wichtigste Handelspartner: Japan, Indische Union, Grossbritannien.

Mitgliedschaft: Uno (im Unterschied zu Thailand nicht in der SEATO).



Den gefährlichen Stein (möglicherweise) ins Rollen gebracht hat ein Leserbrief eines LPG-Bauern aus einem 70 Kilometer südlich von Budapest gelegenen Dorf. Er wollte seine Ueberschussprodukte (aus der Nebengewirtschaft) nach Budapest führen, um sie dort zu höheren Preisen zu verkaufen. Doch wurde ihm, seiner Zeitungsbeschwerde nach grundlos, vom lokalen Volksrat der sogenannte Produzentenausweis verweigert, ohne den kein privater Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten gestattet ist.

Das Budapest Blatt nahm darauf Kontakt mit der betreffenden Behörde auf. Diese erklärte, sich vor Spekulanten in Acht nehmen zu müssen, da es vorkomme, dass Bauern mit 600 bis 800 Eiern nach Budapest fahren und ihre Ware dort zu übersetzten Preisen absetzen. Es gebe Spekulanten, die bei den Produzenten systematisch die Eier aufkauften und regelmässig in der Stadt mit Gewinn weiterveräusserten. «In Dunaföldvár kauft er die Eier für 1 Forint pro Stück, in Budapest für 1,50 Forint. Der Spekulant zahlt den Produzenten mehr für die Eier als der staatliche Ankaufsdienst (der nur die Planproduktion aufnimmt), kommt aber ohne Arbeit zu nichtverdientem Geld, was mit dem Sozialismus unvereinbar ist.»

In einem redaktionellen Artikel beschäftigte sich dann die Zeitung mit der Nebengewirtschaft, die eigentlich nur zur Deckung der persönlichen Bedürfnisse des LPG-Mitgliedes zu dienen habe, aber zu einer Marktproduktion geworden sei. Der Verkauf dieser Ueberschusserträge sei im Kampfe gegen die Spekulation deshalb so zu regeln, dass der Kauf durch die LPG's oder durch die genossenschaftlichen Ankaufnetze übernommen werde (womit der Bauer sein persönliches Verfügungsrecht über die Mehrerzeugung verlieren würde). Schliesslich könne der Spekulation dadurch der Boden genommen werden, dass die «Kontraktionsverträge» (zwischen LPG's und LPG-Bauern mit den kollektiven Ankaufsorganisationen, siehe KB Nr. 13) die ganze Produktion der Kolchosen, beziehungsweise deren Mitglieder erfassen würden.

Möglicherweise sind diese Ausführungen mehr als Warnung vor der «missbräuchlichen» Verwendung des Produzentenausweises gedacht und sollen lediglich die Massnahmen der Totalkollektivierung abschreckend vor Augen führen, wie denn auch ausführlich auf die Frage eingegangen wird, unter welchen Umständen der Ausweis abzugeben sei. Dieser wird in der

Praxis übrigens sehr oft nur deshalb nicht ausgestellt, weil die Versorgung der eigenen Ortschaft mit den betreffenden Produkten nicht garantiert ist.

Nachdem die Produktion der staatlichen Industriebetriebe 1960 den Plan um nahezu 5 Prozent überschritt und die Produktionskosten um 0,9 Prozent stärker als geplant gesenkt wurden, gelangen dieses Jahr voraussichtlich 1,6 Milliarden Forint als Gewinnbeteiligung und Prämie zur Auszahlung unter den Arbeitern. Die Bedingungen zum Prämienbezug sollen allerdings gegenüber dem letzten Jahr verschärft werden.

Der ungarisch Volkswirtschaftsplan 1961 sieht fünf Milliarden Forint für landwirtschaftliche Investitionen vor.

Gebrauchsterminologie im Osten

Wissenschaftliche Grade sind im Ostblock oft von den westlichen sehr verschieden, wobei Ähnlichkeit in der Bezeichnung irreführend sein kann.

Aspirant

Staatlicher Stipendiant mit abgeschlossener Hochschulbildung, ungefähr einem Universitätsassistenten bei uns vergleichbar. Die dreijährige Aspirantur kann vollamtlich oder «korrespondierend» sein (im ersteren Fall entspricht das Stipendium dem Durchschnittsgehalt eines Angestellten) und umfasst in der Regel verschiedene Zwischenprüfungen (neben den Fachgebieten auch über Marxismus-Leninismus und Parteigeschichte). Zum Abschluss der Aspirantur wird eine Dissertation vorgelegt, bei deren Annahme durch die Akademie der Wissenschaften der Aspirant

Kandidat der Wissenschaften

wird. Dieser hohe akademische Titel entspricht rangmässig mindestens demjenigen eines Privatdozenten im Westen (in keiner Weise aber einem Cand. phil. jur. usw.), wenn er auch nicht notwendigerweise mit einer Lehrtätigkeit verbunden ist. Ein Kandidat bezieht unbeschadet seiner sonstigen Arbeit und Stellung ein zusätzliches Monatsgehalt, das ihm wissenschaftliche Weiterarbeit bei gesicherter Existenz ermöglicht. (Im Westen ...?)

Doktor der Wissenschaften

Diese höchste und seltene wissenschaftliche Titel wird ebenfalls durch eine umfangreiche Dissertation erworben, in der Regel nur von anerkannten Wissenschaftlern. Selbst von den ordentlichen Hochschulprofessoren sind nur ein Bruchteil Doktoren der Wissenschaften. Den Titel inhabern wird ebenfalls ein Monatslohn entrichtet.

Akademie der Wissenschaften

Diese höchste wissenschaftliche Institution eines Landes wählt ihre Mitglieder selbst. Sie beziehen ein hohes, steuerfreies Gehalt. Wissenschaftliche Leistungen sind für die Mitgliedschaft wohl Voraussetzung, doch braucht dafür kein besonders vorgeschriebener Nachweis erbracht zu werden, was die Zusammensetzung der Akademie von

nicht akademischen Bedingungen (d. h. von Parteieinflüssen) abhängiger macht. Bei den erworbenen Titeln kommt der Parteeinfluss indirekt zur Geltung, da der KP nicht genehme Bewerber schon gar nicht zur Aspirantur oder Kandidatur zugelassen werden.

Während in der Sowjetunion die Befähigung der die ideologischen Bedingungen erfüllenden Anwärter immerhin objektiv geprüft wird, führt in den Volksdemokratien die Parteeinfluss zu einer sichtlichen Entwertung der wissenschaftlichen Titel, da der Prozentsatz der linientreuen Intellektuellen dem Plansoll an Titelträgern nicht entspricht. So wurden den Parteiangehörigen solche Erleichterungen geschaffen, dass z. B. in Ungarn immer häufiger Klagen über mangelnde wissenschaftliche Qualifikation des Nachwuchses laut werden. In diesem Lande erhöhte sich etwa bei den Juristen seit 1956 trotz der starken Intellektuellenabwanderung die Zahl der Kandidaten von 18 auf 62, diejenige der Doktoren von 1 auf 6. (In China übrigens wurden vor kurzem 29 Bauern in die Akademie der Wissenschaften aufgenommen, weil sie bei ihrer Feldarbeit eine grosse Uebersoll-Produktion erzielten.)

Wirtschaft

Bulgarien Unterschiedliche Produktion

Die Bulgarische Industrieproduktion, die letztes Jahr mit Uebersoll abschloss, meldet regelmässig wieder neue Erfolge; lediglich die Kleiderherstellung hinkt um eine volle Saison nach. Noch Anfang dieses Monats waren laut «Rabotnitschesko delo» in den meisten Konfektionsgeschäften Sofias und anderer Städte Winterartikel zu finden. Die Gewerkschaftszeitung «Trud» vermerkt, dass überall in den Verkaufsläden nur schlechte Qualität zu finden sei.

Die Konsumgüterindustrie war es fast ausschliesslich gewesen, welche anlässlich der letzten Produktionsveröffentlichung die wenigen Zahlen von Untersoll erfüllt geboten hatte. An ihrer zweitrangigen Stellung scheint sich nichts ändern zu wollen.

Demgegenüber stehen die Fortschrittsmeldungen: Die Bauarbeiten zum ersten bulgarischen Atomreaktor sind bereits soweit fortgeschritten, dass er am 9. September in Betrieb genommen werden kann. Der erste bulgarische Traktor «Bolgara», der vor einem Jahr als Modell gezeigt wurde, wird jetzt in der Maschinenfabrik Levkigrad serienmässig fabriziert. In der ersten Hälfte dieses Jahres werden die Bauarbeiten für sieben neue Holzfabrikationsbetriebe aufgenommen.

Gegenwärtig unternimmt Bulgarien eine grosse Aufforstungsaktion, die sich dieses Jahr über 90 000 Hektaren erstreckt und nächstes Jahr 100 000 Hektaren umfassen soll. Die Presse appelliert zu freiwilliger Arbeit und mahnt daran, dass rechtzeitige, systematische und energische Hilfe der Werktätigen notwendig sein wird.

In Sofia tagte die kommunistische Weltföderation der Wissenschaftler, die 400 000 Mitglieder aus 23 Ländern zählt. Der Kongress gab eine Erklärung gegen die Atomrüstung und für den Frieden ab.

Die Buchbesprechung

In Berias Gärten

Zehn Jahre Gefangener in Russland und Sibirien. Deutsche Uebersetzung aus dem Finnischen (Titel des Originals «Berijan tarhat») im Verlag «Das Bergland-Buch», Salzburg-Stuttgart 1960. Bericht des Autors über seine zehnjährige Gefangenschaft in Gefängnissen und KZ-Lagern der UdSSR. Parvilahti wurde nach Kriegsende als Antikommunist verhaftet und in die Sowjetunion deportiert. Dort wurde er in verschiedene Lager verbracht und schliesslich nach zahlreichen Verhören wegen «gegenrevolutionärer Tätigkeit im Ausland» zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Nach seiner Freilassung musste er noch anderthalb Jahre auf seine Heimkehr nach Finnland warten. Seine Eindrücke über das Leben in der Sowjetunion fasste der Verfasser wie folgt zusammen: «Ich konnte wie so viele andere nur feststellen, dass das kommunistische Regime in vierzig Jahren die angekündigten Ziele auch nicht annäherungsweise erreicht hat: wirtschaftlicher Wohlstand, wirkliche demokratische Freiheit, Humanität. In Russland haben die kommunistischen Experimente versagt.»

Partei

Nordkorea Fliegendes Pferd

So heisst in Nordkorea die Aktion zur Umschulung der Bevölkerung auf den Kommunismus. Sie ist eine von Ministerpräsident Kim Il Sung geschaffene Bewegung und umfasst vor allem sämtliche Mittel der Propaganda zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, daneben auch ein Massenerziehungsprogramm im marxistisch-leninistischen Geist.

Der Regierungschef hat keineswegs das Gefühl, dass sein Volk bereits aus voll überzeugten Kommunisten bestehe. In einer Botschaft an eine nationale Journalistenkonferenz erklärte er, wohl seien Natur und Gesellschaft von den Kommunisten umgestaltet worden, doch bleibe als schwierigster Punkt die Umgestaltung der Bevölkerung. Um den Kommunismus in Korea aufzubauen, müssten noch die Einzel-Individuen zu fortschrittlichen Menschen umerzogen und umgewandelt werden. «Die Bewegung ‚Fliegendes Pferd‘, so führte er aus, stellt eine überlegene Methode der moralischen Erziehung dar, um aus den Einwohnern neue, kommunistisch menschliche Wesen zu formen.»

Das Erziehungs- und Reformprogramm soll während des laufenden Siebenjahresplanes mit besonderem Nachdruck vorangetrieben werden. Auch scheint die revolutionäre Erziehung weitgehend als Arbeitstherapie gegen bourgeoise Krankheitserscheinungen gedacht zu sein, denn sie muss laut Kim durch Planerfüllung und konstruktive Arbeit verwirklicht werden. Ziel sei der beschleunigte sozialistische Aufbau und «die friedliche Wiedervereinigung der beiden Korea.»

Während im Tibet der aktive bewaffnete Widerstand gegen die Okupationsmacht noch immer sporadisch wieder aufflackert, bemüht sich das chinesische Regime um beschleunigte Konsolidierung seiner Herrschaft. Vor allem treibt die KP die Ausbildung einheimischer Funktionäre voran, deren politisches Bewusstsein sich laut «Hsin Hua» in Lasa ständig hebt. 75 Prozent Funktionäre im Lande seien jetzt Tibeter. Aufmerksamkeit zu schenken scheint China auch der Beeinflussung der Jugend. Allein in der Stadt Shigatse sind in letzter Zeit acht Primarschulen errichtet worden.

Wissenschaft

Tschechoslowakei

Bücklinge

In Prag fand die 12. Generalversammlung der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften statt, die 64 ordentliche, 106 korrespondierende und 16 ausländische Mitglieder zählte. Die erste Sitzung wurde dem 40. Jahrestag der Gründung der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (KPC) gewidmet. Als Redner erklärte Akademiepräsident Minister Zdenek Nejedly im Namen der Mitglieder, sie wüssten sich den Interessen und Sorgen der Partei stets verpflichtet. Der 40jährige Kampf der KPC, so wurde ausgeführt, komme zugleich einem Kampf für die Entwicklung der Wissenschaften gleich.

Bemerkenswert sind die dem Rechenschaftsbericht zu entnehmenden Zahlen über die Auslandsbeziehungen der Akademie, die im Geschäftsjahr wiederum erheblich erweitert wurden. 3478 ausländische Wissenschaftler, 60 Prozent davon aus den «sozialistischen Ländern» besuchten die CSSR. Für Wissenschaftler der Entwicklungsländer stellt die Akademie selbst 50 Stipendien zur Verfügung. Wenn schon die Tschechoslowakei eine Art Aussenministerium des Ostblocks darstellt, so kommt der höchsten akademischen Institution des Landes offensichtlich eine wichtige Rolle bei den Auslandbeziehungen zu. Die Werbekraft dieser scheinbar der Wissenschaft verpflichteten Institution für den Kommunismus ist vor allem in Asien und Afrika beträchtlich und wird propagandistisch geschickt ausgenutzt. Die CSSR ist nicht nur wirtschaftlich in vorderster Front der kommunistischen Offensive, sondern auch wissenschaftlich und kulturell.

Finanz

Sowjetische Besatzungszone Deutschlands

Der Fluchtrappen

Eine Massnahme zur Wirtschafts-Sanierung muss in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wieder fallen gelassen werden, weil sie der Bevölkerung bei der «Republikflucht» zu dienlich war.

Das sogenannte Inhabersparen war am 4. Februar 1954 eingeführt worden. Es sollte nicht nur die Spartätigkeit der Bevölkerung fördern, sondern angesichts der Warenknappheit gleichzeitig die Kaufkraft bremsen und allzu lebhaften Geldumlauf verhindern. Um dem Misstrauen der Sparer gegenüber dem sonst ja nicht unbedingt kapitalfreundlichen Staat zu begegnen, wurde die Institution attraktiv organisiert: Es handelt sich um ein anonymes Sparen, bei dem der Kunde weder seinen Namen anzugeben, noch sich auszuweisen braucht. Er erhält eine Nummer, eine Sicherungskarte und ein Inhabersparbuch. Bei Auszahlungen brauchen nur Karte und Sparbuch vorgelegt zu werden. Die Verzinsung geht bis zu 5 Prozent.

Nun haben laut jüngsten Berichten Banken und Sparkassen die Anweisung erhalten, das Inhabersparen nicht mehr zu fördern. In Anbetracht der grossen Fluchtbewegung nach dem Westen haben die Behörden die grössten Schwierigkeiten, das anonyme Konto eines gefährdeten Inhabersparers festzustellen und zu beschlagnahmen.

Das politische Motiv für die Eindämmung der Sparbewegung ist eindeutig, denn wirtschaftlich lassen sich die Anweisungen auf keine Weise plausibel erklären. Die Löhne sind angestiegen, das Warenangebot ist unzureichend geblieben, da die Konsumgüterindustrie das Bedürfnis in keiner Weise zu befriedigen vermag. Die Folge ist eine deutlich wahrnehmbare inflationistische Tendenz. Um die überschüssige Kaufkraft abzuschöpfen erwägt die SED drastische Lohnverkürzungen, was Spannungen und Unzufriedenheit bei der Arbeiterschaft mit sich bringen würde. Aller Logik nach wäre das Inhabersparen gerade jetzt zu propagieren. Aber der Abgang nach dem Westen ist anscheinend als Faktor gewichtig genug, um wirtschaftliche Ueberlegungen beiseite zu schieben.

BRIEFE

Information oder Ideologie

Zu den Leserbriefen in KB Nr. 12 sind uns verschiedene Stellungnahmen zugesandt worden, von denen sich mehrere mit der damals skizzierten Gegenüberstellung «Information oder Ideologie?» beschäftigen. Unsere Ansicht, dass es sich nicht um eine Alternative zu handeln brauche, dass unsere Information anderweitig formulierte «Idologien» ergänzen könne, ist mit besonderem Bezug auf eine mehrfach als konkretes Beispiel angeführte Bewegung im heutigen Leitartikel formuliert.

R. S. in Winterthur. *Die Kritik in den Leserbriefen von Nummer 12 scheint mir völlig der Tatsachen entbehrend. (Auf der letzten Seite) steht doch schwarz auf weiss: ... zur Beobachtung ... Die hier umschriebene Aufgabe besteht also eindeutig darin, über den Kommunismus zu informieren, und nicht, eine «Antwort» darauf zu geben oder eine Ideologie zu predigen. Mit den im KB gegebenen Hinweisen sollte nach meiner Meinung jeder einzelne imstande sein, sich selbst eine Meinung über die Vorgänge hinter dem Eisernen Vorhang zu bilden.*

C. D. in St. Gallen. *Wer keine Weltanschauung hat, dem kann sie auch nicht durch eine Wochenzeitschrift gegeben werden.*

M. Oe. in Dietlikon. *... aufrichtiges Lob für die seriöse Nachforschungs- und Informationstätigkeit des «Klaren Blicks». Möge diese Zeitschrift diese Form bewahren und allmählich immer weiteren Kreisen den Blick klären.*

Menschenbild im Bewusstsein von persönlicher Freiheit und universaler Solidarität

K. L. in Signau. *Könnte in einer Untersuchung nicht — trotz Vorrang der Information — der Ursprung des Kommunismus und seine wichtigsten Thesen behandelt werden? Könnte später nicht erklärt werden, was West und Ost unter «Freiheit» verstehen (und das nicht nur anhand von Lexiken)? Vielleicht würde es sich zeigen, dass auch der Westen keine «unteilbare Freiheit» kennt, dass ihr in einer Gemeinschaft (Mitmenschen, Staat) stets Grenzen gesetzt sind. Vielleicht käme es letztlich auf das Menschenbild an, worin sich West und Ost grundsätzlich unterscheiden. Während der Mensch im Osten «der grossen Zukunft einer klassenlosen Gesellschaft» lebt und vom Staate diesem Zwecke unbedenklich aufgeopfert werden kann, sieht der Westen im Menschen auch das Individuum, das einen Eigenwert besitzt und ein Anrecht hat, jetzt und hier sein Glück zu suchen und zu verwirklichen. Auf dieses Menschenbild könnten sich wohl manche westlichen Weltanschauungen einigen, vor allem die christliche und humanistische, wie auch die Moralische Aufrüstung. Die Voraussetzung aber zur Verwirklichung dieses Menschenbildes ist das Bewusstsein einer universellen Solidarität... Sicher wird die Information Hauptaufgabe des «Klaren Blickes» bleiben; doch sollte daneben auch die geistige Position des Westens umrissen werden.*

Wozu uns Ihre kurze Betrachtung einen guten Beitrag liefert. (Statistische Angaben über die ostdeutschen Flüchtlinge sind in KB Nr. 45, erschienen). Red. KB

Unser Memo

Nahezu als Parallele zur wiedererwachten Bewegung der «hundert Blumen» in chinesischen Kunst- und Wissenschaftskreisen (KB, Nr. 13) könnte in der Sowjetunion das immer häufigere Auftreten eines Diskussionsgegenstandes gewertet werden, der noch vor kurzem völlig tabu war: Die abstrakte Kunst. Die einzige von der Partei als zulässig anerkannte Kunstform ist der «sozialistische Realismus». Aber er wird plötzlich von der jungen Generation nicht mehr unbesehen hingenommen. Wohl wird offiziell der «modernen Kunst» nach wie vor jede Existenzberechtigung abgestritten, ihre Befürworter werden weiterhin als Anhänger einer dekadenten bürgerlichen Moral gebrandmarkt, doch — und das ist die wichtige Veränderung — sie können vor die Öffentlichkeit treten. Allerdings werden die Pressediskussionen einseitig nach der parteigelenkten Propaganda geführt. Das hindert nicht, dass auch der entgegengesetzten Argumentation ein gewisser Platz eingeräumt wird, wenn sie auch nach allen Regeln der kommunistischen Dialektik zerzaust wird.

Die Tatsache, dass es überhaupt zu solchen Diskussionen kommt, erklärt sich dadurch, dass gerade die Jugend die vermehrten Westkontakte dazu benützt, westliche zeitgenössische Malerei und Plastik kennenzulernen. Das Interesse an der abstrakten Kunst ist gross: die sowjetischen Touristen kaufen im Westen zahlreiche Kunstbücher und Reproduktionen, schon weil die Nachfrage in der Sowjetunion entsprechend ist.

Der organisierte Kampf gegen die moderne Kunst in der Sowjetunion erfolgt weniger aus ästhetischen als aus politischen Gründen. Jedes Abweichen von den eingeführten und verkündeten Normen hat selbst auf diesen Gebieten etwas Revolutionierendes an sich, denn es kann auf andere Bereiche übergreifen: auf Philosophie, Geschichte oder gar Politik. Gefährlich ist nicht ein abstraktes Gemälde an sich, sondern die Methode — der Weg des Künstlers aus den Schranken der dogmatisierten Kunstform in die Freiheit des Experimentes.

Kennzeichnend und vielsagend ist der Brief eines Studenten, den die Zeitschrift «Moladaja Gwardija» wenigstens auszugsweise veröffentlichte, um den offiziellen Standpunkt noch einmal zu erörtern. Selbst die wenigen Zitate geben wichtige Hinweise auf die Entwicklung, die sich bei der sowjetischen Jugend anbahnt:

«... Der Realismus in seiner klassischen Form hat sich auch nicht sofort durchgesetzt. Wiederholt sich nicht diese dunkle Geschichte von neuem? Oder glaubt Ihr denn, dass die Kunst für immer beim Realismus stehen geblieben ist? ... Ihr zeigt zwei, drei Bilder und verdammt sie. Ihr urteilt nach dem Schlechtesten über das Ganze ... Ich habe es in der Polemik nicht leicht, nicht weil ich eine falsche Ansicht vertrete, sondern weil euch Hunderte von Museen und Tausende von Werken zur Verfügung stehen, während ein Liebhaber des Abstrakten nicht einmal die Möglichkeit hat, die Arbeit der Modernen zu lesen, und keine Aussicht, die wirklich abstrakten Werke zu sehen ...

Man darf eine anerkannte Kunstform nicht einfach boykottieren ... die ganze Polemik ist unfair; man erteilt dem Neuen Ohrfeigen in der Gewissheit, dass man selber keine einstecken wird ...»

Die Kontroverse ist auch als Beispiel dafür bemerkenswert, dass der Kommunismus Westkontakte dann zu fürchten hat, wenn er sie nicht plant, dirigiert und kontrolliert. Willige Lenkbarkeit oder unwillige Passivität des Westens hat ihm in diesen Fragen der Beziehungen oft Vorschub geleistet. Kann die freie Welt das Gesetz des Handelns vermehrt an sich reissen, ist der Kommunismus in diesen Bereichen ebenfalls verwundbar.

Schreckbild MRA

Dollarbeflügelt, mit der Atombombe behelmt, so erscheint die Bewegung der Moralischen Aufrüstung in der Darstellung der «Komsomolskaja Prawda» vom 7. April. Das Jugendorgan der KP leistete damit einen typischen Beitrag an die gehässige Kampagne, welche im ganzen kommunistischen Block zurzeit intensiv gegen die MRA geführt wird. Aus den Formulie-



rungen der verschiedenen Angriffe ist dabei sehr deutlich ersichtlich, dass sich die kommunistischen Machthaber vor allem am Einfluss der Bewegung in den Entwicklungsländern stossen. Bei solchen Gelegenheiten wird selten vergessen, der Schweiz als Beherbergerin dieser Organisation in Caux unneutrales und friedensfeindliches Verhalten vorzuwerfen (siehe KB, Nr. 10).

Der Schnapsschuss

Ein Beamter im ungarischen statistischen Zentralamt war gleichzeitig mit 32 Frauen verlobt, denen er insgesamt 630 000 Forint entlockte. Er wurde jetzt wegen Heiratschwindel vor Gericht gestellt.

Den Titel «Verdienter Eisenbahner» soll der sowjetzonalen Lokomotivführer Hafner von Elsterwerda erhalten, der bei Stationsaufenthalten jeweils von seiner Lokomotive steigt und die Reisenden in den Abteilen begrüsse. Erst wenn er den ganzen Zug durchgegangen sei, besteige er wieder den Führerstand und fahre weiter.

In den Speisesälen der Volkseigenen Betriebe im ostdeutschen Kreis Fürstenwalde stehen Schiessbuden, die über Mittag der Ertüchtigung von Angehörigen der «Ge-

Curriculum der Woche

GENERAL NE WIN

Oberbefehlshaber und Generalstabschef der burmesischen Streitkräfte. Gilt als auch aussenpolitisch einflussreicher Politiker von neutralistischer Tendenz. War zu Beginn dieses Monats auf Einladung Chruschtschews in Moskau.

Ne Win (Takin Shu Maung) wurde am 14. Mai 1911 im Flecken Paungdale, Kreis Prome, geboren. Mittelschule in Prome, Universitätsstudium in Rangun. Schon früh in nationalistischen Organisationen aktiv (Burma gehörte bis 1937 zu Indien und erhielt seine volle Unabhängigkeit von Grossbritannien 1948) und Mitglied der Bewegung «Dobama Asiayone» (Burma den Burmesen). Vor Beginn des Zweiten Weltkrieges Staatsbeamter am PTT-Departement. Während der japanischen Besetzung Freiheitskämpfer, Aufstieg bis zum Stabschef und Stellvertreter des nationalen Partisanenführers Aung San. Nach der Unabhängigkeitserklärung Befehlshaber eines Wehrkreises und stellvertretender Generalstabschef. Seit 1949 Generalstabschef und Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte. 1949 und 1950 Regierungsmitglied als Verteidigungsminister und stellvertretender Ministerpräsident. 1956 in den Generalsrang erhoben. Vom 28. Oktober 1958 bis zum 6. Februar 1960 stand er an der Spitze eines Militärregimes, das auf Antrag des späteren Ministerpräsidenten U Nu als provisorische Regierung amtierte. Nach dem Wahlsieg U Nus übernahm Ne Win wieder seine vorherigen militärischen Funktionen. War letztes Jahr führend am Zustandekommen des Freundschafts- und Nichtangriffsvertrages zwischen China und Burma beteiligt.

sellschaft für Sport und Technik» dienen. Diese paramilitärische Organisation will damit die «Verteidigungskraft der Bevölkerung» stärken.

Sowjetische Lehrkräfte werden an dem von kanadischen Jesuiten geleiteten University College von Addis Abeba wirken. Das ist einer der Punkte aus dem jüngsten Kulturabkommen zwischen der Sowjetunion und Äthiopien. Moskau und Prag widmen dem Kaiserreich gegenwärtig grösste propagandistische Anstrengung und fassen zusehends besser Fuss im Lande.

In einer Ansprache vor sowjetischen Delegierten erklärte der neue König von Marokko — wenn die Berichterstattung der «Iswestija» stimmt — die Sowjetunion und Marokko hätten die gleichen humanistischen Ideale. Da deren Verwirklichung für Marokko mit grossen Schwierigkeiten verbunden sei, werde das Land in Zukunft noch öfter die UdSSR um Hilfe ersuchen müssen.

Das Oberhaupt der orthodoxen Kirche, Patriarch Ciril, ist vom Staat mit dem Orden des heiligen Cirilus und Methodius ausgezeichnet worden.